

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Nation sucht Staat

A map of Europe is shown in a light green tone. A magnifying glass is positioned over the Iberian Peninsula, specifically focusing on the region of Catalonia. The magnified area shows the borders of Catalonia, with labels for Perpignan, Andorra, Tarragona, Mataro, and Barcelona. The text 'Katalonien' is written across the region, and 'Iberisches Meer' is labeled at the bottom of the magnified area.

Schottland: Vorreiter der Spalter?
Südtirol: Zwischenlösung Autonomie
Belgien: Ende eines Staates?
Kanada: Das Gespenst der Sezession

Streitplatz

Unabhängiges Katalonien

Offener Brief an Joachim Gauck

WeltBlick

Eurasische Integration
Indiens neue Regierung

Analyse

Die Rückkehr der OSZE

Bücher & Tagungen

Editorial

Aus den Fugen breche die Welt. Das hört und liest man zurzeit viel. Verlässliche Strukturen von gestern verschwinden und neue sind nicht erkennbar. Eine geordnete Welt, eingebettet in feste Rahmen, sei es des Kalten Krieges, der Entspannung oder regional übergreifender Regelwerke, ist passé. Das gilt heute auch für Europa. Der hoffnungsvollen KSZE-Charta von Paris folgte der Niedergang gesamteuropäischer Strukturen; im Zuge der Auflösung Jugoslawiens kehrte der Krieg zurück und heute herrscht im Osten des Kontinents ein blutiger Bürgerkrieg.

In diesem turbulenten bis blutigen Kontext europäischer Ungewissheiten bröckelt nun auch in westeuropäischen Staaten jenes Fundament, auf dem sich seit Jahrhunderten die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung vollzogen hat: der Nationalstaat. Gestandene europäische Staaten sehen sich erstarrenden Abspaltungsbewegungen gegenüber. Das Jahr 2014 könnte ein entscheidendes für den Sezessionismus in Europa und darüber hinaus werden. Für September und November sind Referenden über die Unabhängigkeit Schottlands und Kataloniens geplant. Egal wie diese ausgehen, der Nationalstaat, wie wir ihn kennen, wird auch hier in Westeuropa, wo er vor zirka 600 Jahren seinen globalen Siegeszug begonnen hatte, zur Disposition gestellt. Im Thema diskutieren wir die Ursachen und die Chancen für diesen „neuen“ Sezessionismus. Wir fragen nach den Akteuren, der Rolle der EU und den Möglichkeiten für Kompromisse und ob es in zehn Jahren Belgien noch gibt.

„Im Verzicht auf militärische Gewalt als Mittel der Politik sehen wir einen notwendigen Schritt zur Schaffung einer europäischen und weltweiten Friedensordnung.“ So wurde es im Jahre 1989 von der Ökumenischen Versammlung in der DDR formuliert. Daran erinnern ostdeutsche Pastoren ihren damaligen Kollegen und heutigen Bundespräsidenten Joachim Gauck in einem offenen Brief. Ein, wie wir denken, trefflicher Beitrag zur aktuellen Debatte über eine verantwortungsvolle deutsche Außenpolitik in einer Welt, die wahrlich aus den Fugen geraten ist.

Potsdam, im September 2014

Dr. Raimund Krämer
Chefredakteur



r.kraemer@welttrends.de

1

Editorial

4

WeltBlick

- 5 Abschied von der Institution des Krieges
Offener Brief an Bundespräsident Gauck
- 11 Eurasische Integration nimmt Gestalt an
Hubert Thielicke
- 19 Indiens neue Regierung
Michael Schied



26

Abgelichtet: Castells in Katalonien

Diana Duarte

32

Zwischenruf: Subcomandante Marcos nimmt Abschied

Raina Zimmering

34

Nation sucht Staat

Gastherausgeber Mario Kölling

- 37 Regionale Autonomie und Sezession
Roland Sturm
- 45 Der Fall Südtirol
Karl Kössler
- 54 The Flemish Case
Peter Bursens
- 61 Provinzwahlen in Quebec
Sebastian Gessler
- 70 Terms of Scottish Independence
Eleonora Harris





Streitplatz: Unabhängiges Katalonien?

76

- | | |
|------------------------------------|----|
| Die Sicht der spanischen Regierung | 77 |
| <i>Mario Kölling</i> | |
| Die katalanische Sicht | 83 |
| <i>Klaus-Jürgen Nagel</i> | |
| Lessons from Quebec | 91 |
| <i>François Rocher</i> | |

Historie: 1914 und die Diplomatie

94

Jürgen Angelow

Analyse: Die OSZE und die europäische Sicherheit

102

Wolfgang Kubiczek

Replik: Zur Modernisierung Russlands

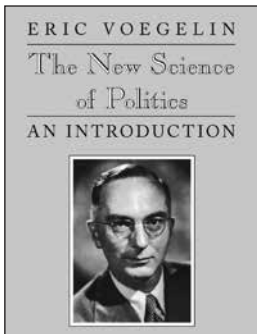
114

Sergey Birukov

Nachruf: General Wojciech Jaruzelski

122

Holger Politt



Bücher und Tagungen

126

- | | |
|---------------|-----|
| Wiedergelesen | 127 |
| Impressum | 129 |
| Rezensionen | 130 |
| Annotationen | 136 |
| Konferenzen | 139 |

Zivilmacht reloaded

142

Ein Kommentar von Robert Kappel

Wort und Strich

144

Zivilmacht reloaded

Zur neuen deutschen Außenpolitikdebatte

Robert Kappel

Das Positive kommt immer zuerst. Es ist gut, dass es in Deutschland eine Debatte um die Weiterentwicklung der deutschen Außenpolitik gibt. Endlich – muss man wohl sagen. Bundespräsident und Außenminister haben einen Diskurs angestoßen, der längst überfällig war. Denn zu oft hatte Deutschland in den vergangenen Jahren auf den Druck der USA, Frankreichs, Großbritanniens und der NATO und auf die Ereignisse reagiert, sich opportunistisch verhalten oder sich in die Nessel gesetzt. Dafür stehen die Beispiele Irak und Libyen, Mali und die Zentralafrikanische Republik und Afghanistan. Zu oft fühlte Deutschland sich gedrängt. Es zeigte sich auch, dass das Konzept des „leading from behind“ mit Strategie und deutschen Interessen wenig zu tun hat.

Dennoch findet gegenwärtig eine Debatte statt, die eher erschreckt als ermuntert. Da wird viel davon gesprochen, dass Deutschland Verantwortung übernehmen muss, dass Deutschland zur Not auch bereit sein muss, militärisch zu intervenieren, um das Schlimmste zu verhüten.

Die Frage stellt sich: Wofür sollte Deutschland eigentlich Verantwortung übernehmen? Dafür, dass in aller Welt irgendwelche Kriege angezettelt werden? Wenn dem so wäre, dann fragt man sich: Was kann Deutschland tun, um diese zu vermeiden? Nehmen wir den brisanten Fall Palästina-Israel: Kann Deutschland die beiden Parteien an einen Tisch bringen und somit Frieden stiften? Ja, das wäre sicherlich eine Aufgabe Deutschlands, aber man hütet sich, gerade hier die längst überfällige Verantwortung zu übernehmen.

Oder der Krieg Boko Harams im Norden Nigerias: Welche Verantwortung wollten wir dort übernehmen? Die nigerianische Regierung im Kampf gegen Terrorismus unterstützen? Sicherlich, hier könnten wir etwas tun. Aber nicht viel. Und vielleicht ist es besser, dass die nigerianische Regierung den Kampf führt und dabei die Afrikanische Union um

Unterstützung bittet – und nicht die ehemaligen Kolonialmächte Frankreich und England. Noch weniger können wir im Streit zwischen Japan und China tun, in dem aufgeheizte Nationalisten sich (bislang nur rhetorisch) die Zähne einschlagen. Diese und andere Beispiele in der Welt zeigen, wie wenig Deutschland verantwortlich tun kann. Wir sollten zunächst einmal Folgendes klären: Wer gestalten will, muss auch wissen, was er gestalten kann. D. h., wer Verantwortung übernehmen will, sollte wissen, wofür wer verantwortlich ist, wie viel Verantwortung man zu übernehmen bereit ist und wie weit die Kraft reicht, verantwortlich mitzugestalten. Man kann also Reden halten und für mehr Engagement plädieren, aber wenn dann nichts folgt, ist es umso misslicher. Ein deutlicher Schritt wäre der Ausbau des Engagements in der UNO, d. h., nicht nur an Beschlüssen mitwirken, sondern auch stärker bei Umsetzung von Maßnahmen, bspw. der Führung von UN-Truppen und eine größere Beteiligung an Blauhelmeinsätzen.

Die neue außenpolitische Debatte hat im Moment noch einen reichlich verengten Sichtkreis, nämlich den auf das Intervenieren, auf das Militärische. Auch wenn das nur das letzte Mittel sein soll, so haben sich doch die Presse und die Wissenschaft darauf fokussiert. Dabei sollte es eigentlich um etwas anderes gehen: Frieden schaffen, Ursachen von Konflikten helfen zu beseitigen und als Zivilmacht zu agieren. Dazu bedarf es eines ganzheitlichen außenpolitischen Ansatzes, der zu einem verantwortlichen Agieren führt, in dem Herstellung von Frieden, Beseitigung von Konfliktursachen, Mediation, die Vermeidung von Staatszerfall und Entwicklung zentrale Bedeutung haben.

Deutschlands Stärke liegt in seiner Zivilmacht und seiner wirtschaftlichen Kompetenz. Und wie diese sich in eine außenpolitische Strategie gießen lässt, sollte im Mittelpunkt des außenpolitischen Diskurses stehen. Wäre es nicht höchst sinnvoll, wenn der europäische Hegemon Deutschland seine Wirtschaftskraft offensiver in Europa einbringt, um in Europa einen Diskurs für ein europäisches Zivilmachtkonzept aufzunehmen? Besser weniger Rhetorik, dafür mehr Sinn für Realitäten und vor allem eine gesamtheitliche Strategie, die sich dem Ziel der Zivilmacht verschreibt. 🌐



Prof. Dr. Robert Kappel, geb. 1946, Wirtschaftswissenschaftler und Politologe, 2004 bis 2011 Präsident des German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg. Seitdem Senior Researcher am GIGA. Robert.Kappel@giga-hamburg.de